# **S 28 R 99/18 WA**

# Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Sozialgericht

Rentenversicherung Sachgebiet

**Abteilung** 17 Urteil Kategorie

Bemerkung Rechtskraft

Deskriptoren Jahresendprämie

Glaubhaftmachung

Schätzung

Leitsätze Bei der Gewährung einer

> Jahresendprämie ging es grundsätzlich nicht um eine allgemeine Ausschüttung finanzieller Mittel an alle Beschäftigten nach festen Sätzen. Weil die Prämie

Instrument im "Kampf um die

Planerfüllung" sein sollte, sollte es in der Regel auf die Erfüllung der konkreten

Planvorgaben ankommen. Die Bestimmung der von Juli 1968 bis

Dezember 1982 gezahlten

Jahresendprämie der Höhe nach auf ein

Drittel eines durchschnittlichen

Monatsverdienstes ist eine unzulässige Schätzung. Dass die Jahresendprämie mehr als ein Drittel betragen hat, ist mindestens genauso wahrscheinlich wie

eine Jahresendprämie in dieser

Mindesthöhe.

SGB X § 44 Abs. 1 Satz 1 Normenkette

AAÜG § 8 Abs. 3 Satz 1

AAÜG § 6 Abs. 6

1. Instanz

Aktenzeichen S 28 R 99/18 WA

04.04.2019 Datum

2. Instanz

Aktenzeichen L 17 R 360/19 24.03.2022 Datum

3. Instanz

**Datum** 

Die Berufung des Kl $\tilde{A}$ xgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Cottbus vom 4. April 2019 wird zur $\tilde{A}$ xckgewiesen.

Â

Die Beklagte hat auch für das Berufungsverfahren keine auÃ∏ergerichtlichen Kosten zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

#### Tatbestand

Â

Der Kläger strebt die Feststellung höherer Arbeitsentgelte für die Zeit von Oktober 1969 bis 1989 unter Berücksichtigung der jährlichen Jahresendprämien im Rahmen eines Ã□berprüfungsverfahrens an.

Â

Der Kläger ist am . April geboren. Er schloss Ende Oktober 1958 sein Studium an der B S erfolgreich ab und ist â $\square$  unstreitig â $\square$  berechtigt, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu fýhren. Nach Abschluss des Studium arbeitete er als Ingenieur und Abteilungsleiter beim VEB . Seit April 1988 war er Mitglied der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR). Eine Versorgungszusage ýber die Einbeziehung in ein Zusatzversorgungssystem erhielt er nicht.

Â

Mit Feststellungsbescheid vom 11. Oktober 2001 in der Fassung des Feststellungsbescheides vom 31. Oktober 2012 â letzterer Bescheid war aufgrund eines à berprã¼ fungsverfahrens ergangen â letzterer Bescheid war aufgrund eines à berprã¼ fungsverfahrens ergangen â letzte die Beklagte die Zeit vom 1. Oktober 1958 bis zum 30. Juni 1990 als Zeit der Zugehà rigkeit zum Zusatzversorgungssystem der technischen Intelligenz fest und setzte entsprechende Arbeitsentgelte fest. Von 1961 bis 1964 sowie erneut von 1966 bis 1990 berü cksichtigte die Beklagte zudem die sog. Bergmannsprà mie; die Auszahlungsbetrà ge waren nach einer Auskunft des Unternehmens , der Verwalterin des Archivs des VEB des Klà gers (nachfolgend: Archivgutverwalterin), ermittelt worden.

Â

Am 20. Dezember 2013 beantragte der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)ger die Jahresendpr\(\tilde{A}\)\(\tilde{m}\)mien f\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)r die bisher nicht nachweisbaren Jahre als glaubhaft gemachtes Entgelt nach \(\tilde{A}\)\(\tilde{6}\) 6 Abs. 6 des Anspruchs- und Anwartschafts\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\)erf\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)hrungsgesetz (AA\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{G}\)) festzusetzen.

#### Â

Die Beklagte lehnte diesen Antrag mit Bescheid vom 10. Februar 2014 ab, ebenso mit Widerspruchsbescheid vom 4. November 2014 den vom Kläger eingelegten Widerspruch. Die begehrten zusätzlichen Arbeitsverdienste, das heiÃ□t die Jahresendprämien, seien nicht glaubhaft gemacht worden. Die Jahresendprämie sowie ihre Höhe sei von einer Vielzahl von Faktoren abhängig gewesen, die heute ohne entsprechende Unterlagen nicht nachvollzogen werden könnten. Eine pauschale Berücksichtigung erfolge nicht.

# Â

Der KlĤger hat am 7. November 2014 vor dem Sozialgericht Cottbus Klage erhoben. Die vom Landessozialgericht in Chemnitz angewandte SchĤtzmethode zur Ermittlung und Berýcksichtigung der Jahresendprämien mýsse auch für ihn gelten. Auf der Basis des Bruttogehaltes des Vorjahres könne die Höhe seiner Jahresendprämie geschätzt werden.

## Â

Mit Urteil vom 4. April 2019 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Die Höhe der Jahresendprämie sei weder nachgewiesen noch glaubhaft gemacht worden.

### Â

Viel spreche schon dafür, dass es sich bei der Jahresendprämie gar nicht um ein Arbeitsentgelt im Sinne der §Â§ 6, 8 AAÃ∏G handele. Bereits der Gesetzgeber der DDR habe eine steuerrechtliche und eine versorgungsrechtliche Berļcksichtigung dieser PrÄxmien ausgeschlossen. Die PrÄxmien seien seinerzeit nicht lohnsteuerpflichtig gewesen. Zudem seien sie damals aufgrund der Rechtslage bei der Sozialversicherung und auch bei der Zusatzversorgung unberÄ1/4cksichtigt geblieben. Soweit die Beklagte unter Bezugnahme auf eine Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 23. August 2007 â∏ B 4 RS 4/06 R â∏ dem Grunde nach die JahresendprĤmie als Bestandteil des nach §Â 6 Abs. 1 AAÃ∏G festzustellenden Entgeltes anerkenne, folge das Gericht dieser Auffassung nicht. ZusÄxtzliche Zahlungen des Arbeitgebers seien vielmehr nach den Bestimmungen des AAA\(\begin{align\*} \)G nur dann festzustellen, wenn hierdurch bereits in der DDR ein Anspruch auf Altersvorsorge erworben oder eine entsprechende Anwartschaft begrýndet worden sei, unstreitig sei dies hier jedoch nicht der Fall gewesen. Dass die Zusatzund Sonderversorgungsberechtigen besser als seinerzeit in der DDR stehen sollten, sei nicht Sinn und Zweck des AAAnG. Vielmehr solle nur erreicht werden, dass die damaligen Ansprüche und Anwartschaften ungeschmälert unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen der gesetzlichen Rentenversicherung erfA1/4llt würden. Arbeitsentgelte, die seinerzeit von Gesetzes wegen zu keinerlei höheren

Altersversorgungsansprüchen geführt hätten, könnten auch im Nachhinein nicht zum Genuss zusätzlicher Rentenansprüche führen.

## Â

Gleiches gelte für die (hier nicht streitgegenständliche) von der Beklagten berücksichtigte sog. Bergmannsprämie. Bereits der Gesetzgeber der DDR habe ihre versorgungsrechtliche Wirkung ausgeschlossen. Daran habe der Gesetzgeber nichts ändern wollen.

# Â

Letztlich kA¶nne dies alles jedoch offen bleiben. Denn dem KlA¤ger sei mit den Ermittlungen der Beklagten und des Gerichtes nicht der Nachweis oder auch nur die Glaubhaftmachung des Zuflusses einer jĤhrlichen JahresendprĤmie gelungen. Die Prämie sei von normativen Voraussetzungen abhängig gewesen; in der Lebenswirklichkeit der DDR seien diese normativen UmstĤnden auch zur Geltung gekommen. Erforderlich sei, dass im Einzelnen nachgewiesen werde, dass die gesetzlichen Voraussetzungen in jedem Jahr vorgelegen haben und dem Betroffenen die PrĤmie dann auch tatsĤchlich zugeflossen ist. Der KlĤger habe den tatsÄxchlichen Zufluss der PrÄxmien nicht glaubhaft machen kĶnnen. Unterlagen zu den Zahlungen von JahresendprÄxmien und deren HĶhe für die Jahre 1968 bis 1989 habe er nicht vorlegen kĶnnen. Es sei schon bezeichnend, dass der KlĤger offenbar selbst nicht wisse, wie hoch die tatsĤchlichen Zahlungen denn nun gewesen sein sollen. Vielmehr habe er sich nur auf allgemeine ErklĤrungen ehemaliger Vorgesetzter über die Zahlungsweise berufen, in denen freilich ýber konkrete Zahlungen gar nichts ausgesagt worden sei. Die Darstellung eines allgemeinen Ablaufs und die Schilderung einer allgemeinen Verfahrensweise genüge nicht, um den konkreten Zufluss eines bestimmten, genau zu beziffernden Geldbetrages fÃ1/4r einen bestimmten Zeitraum nachzuweisen; das Vorhandensein einer schlichten MĶglichkeit reiche nicht aus. Eine SchĤtzung der Höhe komme ebenfalls nicht in Betracht. Dies habe das Bundessozialgericht bereits mehrfach entschieden.

# Â

Das Urteil ist dem Kläger am 23. April 2019 zugestellt worden.

### Â

Am 21. Mai 2019 hat der KlĤger Berufung eingelegt. Der Zufluss und die HĶhe der JahresendprĤmie seien aufgrund der im Verwaltungsverfahren vorgelegten ZeugenerklĤrungen der ehemaligen Kombinatsleitung des VEB (â□□Patzig-ErklĤrungâ□□) und nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme im sozialgerichtlichen Verfahren glaubhaft gemacht.

Â

Â

Der KlĤger beantragt,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Cottbus vom 4. April 2019 sowie den Bescheid der Beklagten vom 10. Februar 2014 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 4. November 2014 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, einmalig gezahltes Arbeitsentgelt (JahresendprĤmie) fļr die Jahre 1969 bis 1989 zusĤtzlich zu den bisher festgestellten Entgelten festzustellen, sowie den Bescheid vom 11. Oktober 2001 in der Fassung des Feststellungsbescheides vom 31. Oktober 2012 entsprechend abzuĤndern.

Â

hilfsweise,

Â

die Beklagte zu verurteilen, einmalig gezahltes Arbeitsentgelt (Jahresendprämie) für die Jahre 1969 bis 1983 (Zeitpunkt des Zuflusses) in Höhe von einem Drittel eines Zwölftel des bisher festgestellten Entgeltes des vorgegangenen Kalenderjahres im Rahmen der Glaubhaftmachung nach § 6 Abs. 6 AAÃ□G zusätzlich zu den bisher festgestellten Entgelten anzuerkennen.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

 $\hat{A}$   $\hat{A}$  die Berufung zur $\tilde{A}$ ½ckzuweisen.

Â

Der Kläger mache keine substantiell neuen Tatsachen geltend. Die â∏Berechnungenâ∏ nach der sog. Patzig-Erklärung seien in Wirklichkeit keine Berechnungen, sondern Schätzungen. Es sei nicht ù⁄₄berwiegend wahrscheinlich, dass jeder Beschäftigte im Betrieb des Klägers eine Jahresendprämie nach dem gleichen Prozentsatz vom Bruttogehalt erhalten habe. Vielmehr seien seinerzeit Differenzierungen nicht nur ù⁄₄blich, sondern gefordert gewesen. Zudem sei spätestens ab 1983 der Durchschnittsbruttolohn gar nicht mehr Ausgangspunkt der Berechnung der Jahresendprämie gewesen.

Â

Soweit das Sozialgericht in dem ersten Teil der Begründung nicht

entscheidungstragend in Divergenz zu der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts geraten sei, werde dies jedoch von der Beklagten nicht mitgetragen.

#### Â

Wegen des weiteren Vorbringens der Beteiligten im Einzelnen und des Sachverhalts im Ã□brigen wird Bezug genommen auf die Gerichtsakte und die Verwaltungsvorgänge. Diese haben vorgelegen und waren Gegenstand der mündlichen Verhandlung.

Â

# <u>Entscheidungsgrü nde</u>

# Â

Die Berufung des Klägers ist statthaft, form- und fristgerecht eingelegt und auch im  $\tilde{A}$  brigen zulässig ( $\hat{A}$ § $\hat{A}$ § $\hat{A}$  143, 144, 151 Sozialgerichtsgesetz  $\hat{a}$  SGG -). Dass es dem Kläger im Ergebnis lediglich, wenn  $\tilde{A}$ 4berhaupt, um minimalste monatliche Beträge geht, lässt das Rechtsschutzinteresse nicht entfallen.

# Â

Die Berufung ist aber unbegründet. Das Sozialgericht Cottbus hat mit Urteil vom 4. April 2019 die Klage zu Recht abgewiesen. Die kombinierte Anfechtungs- und VerpflichtungsÂklage ist unbegründet. Der Bescheid vom 10. Februar 2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 4. November 2014 ist rechtmäÃ∏ig und beschwert den Kläger deshalb nicht in einem subjektiv-öffentlichen Recht (§ 54 Abs. 2 Satz 1 SGG). Der Kläger hat keinen Anspruch auf Feststellung der in Rede stehenden Jahresendprämien als erzieltes und zu berücksichtigendes Arbeitsentgelt.

#### Â

Anspruchsgrundlage für das Ã□nderungsbegehren ist § 44 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 1 des Sozialgesetzbuches Zehntes Buch â□□ Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz â□□ SGB X -. Danach hat die Beklagte einen Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Zukunft zurückzunehmen, wenn bei seinem Erlass u. a. das Recht unrichtig angewandt worden ist. Die von der Beklagten mit Bescheid vom 11. Oktober 2001 (zuletzt geändert am 31. Oktober 2012) in der Fassung des Bescheides vom 10. Februar 2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 4. November 2014 getroffenen Feststellungen Ã⅓ber die Höhe der vom Kläger erzielten Arbeitsentgelte sind rechtmäÃ□ig.

Â

Zusätzliche Arbeitsentgelte werden nach § 8 Abs. 3 Satz 1 AAÃ $\square$ G festgestellt. Danach hat der Versorgungsträger dem Berechtigten den Inhalt der Mitteilung nach Absatz 2 durch Bescheid bekanntzugeben. Versorgungsträger ist gemäÃ $\square$  § 8 Abs. 4 Nr. 1 AAÃ $\square$ G die Beklagte. Inhalt der Mitteilung gemäÃ $\square$  § 8 Abs. 2 AAÃ $\square$ G ist fÃ $^1$ 4r den Kläger das tatsächlich erzielte Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen. Dabei ist nicht jedes Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen mitzuteilen, sondern gemäÃ $\square$  § 6 Abs. 1 Satz 1 AAÃ $\square$ G nur fÃ $^1$ 4r jedes Kalenderjahr als Verdienst (§Â 256a Abs. 2 SGB VI) das erzielte Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen fÃ $^1$ 4r die PflichtbeiÅtragszeiten. Als Pflichtbeitragszeiten der Rentenversicherung gelten gemäÃ $\square$  § 5 Abs. 1 Satz 1 AAÃ $\square$ G Zeiten der Zugehörigkeit zu einem Versorgungssystem, in denen eine Beschäftigung oder Tätigkeit ausgeÃ $^1$ 4bt worden ist. Der Begriff des Arbeitsentgelts bestimmt sich nach §Â 14 Sozialgesetzbuch Viertes Buch â $\square$  Gemeinsame Vorschriften fÃ $^1$ 4r die Sozialversicherung â $\square$  SGBÂ IV â $\square$  (vgl. Bundessozialgericht [BSG], Urteil vom 30. Oktober 2014Â â $\square$  B 5 RS 1/13 RÂ â $\square$ , Rn. 15 in juris m. w. N.).

# Â

1. Unabhängig vom Vorliegen der weiteren Anspruchsvoraussetzungen, deren Vorliegen das Sozialgericht mit bedenkenswerten Erwägungen abgelehnt hatte, steht hier jedenfalls die Zuerkennung und die Höhe der (möglicherweise) gezahlten Jahresendprämien nicht mit hinreichender Sicherheit fest, auch glaubhaft gemacht worden ist dies nicht. Dies geht zu Lasten des Klägers. Denn er trägt hierfür die Feststellungs- bzw. objektive Beweislast, also das Risiko bzw. den Nachteil, dass sich diese Tatsache nicht beweisen und feststellen lässt (BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016Â â∏∏ B 5 RS 4/16 RÂ â∏∏, Rn. 14 in juris).

### Â

a. Es steht nicht zur vollen Ã□berzeugung des Senats fest, ob und in welcher Höhe JahresendÂprämien an den Kläger gezahlt wurden.

# Â

## Â

Dass die genaue Höhe der dem Kläger gezahlten Jahresendprämien nicht bewiesen ist, liegt auf der Hand und ist zwischen den Beteiligten wohl auch nicht strittig. Denn die vom Arbeitgeber geführten Listen, auf denen die Jahresendprämie vermerkt worden war und auf der der Kläger mit seiner Unterschrift den Empfang der bar ausgezahlten Prämie quittiert haben mag, sofern er sie denn erhalten hat, wurden nicht aufbewahrt. Der Kläger verfügt über keinerlei andere Unterlagen, mit denen er die Gewährung von Jahresendprämien belegen könnte. Nachweise, etwa in Form von Begleitschreiben, Gewährungsunterlagen, Beurteilungsbögen, Quittungen oder sonstigen LohnunterÂlagen für an den Kläger gezahlte Jahresendprämien kann er nicht vorlegen. Auch die Beklagte und das Gericht haben insoweit nichts ermitteln können.

### Â

b. Glaubhaft gemacht ist die Höhe der an den Kläger gezahlten Jahresendprämien ebenfalls nicht.

#### Â

Gesetzliche Grundlage für die Abweichung vom Vollbeweis (vgl. hierzu BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016Â â $\Pi$  B 5 RS 4/16 RÂ â $\Pi$ , Rn. 14 in juris m. w. N.) ist § 6 Abs. 6 AA̸G. Danach wird der glaubhaft gemachte Teil des Verdienstes zu fünf Sechsteln berücksichtigt, wenn ein Teil des Verdienstes nachgewiesen und der andere Teil glaubhaft gemacht wird. Die Formulierungen â∏der glaubhaft gemachte Teil des Verdienstesâ□□ ist prinzipiell weit und ermöglicht es, die Glaubhaftmachung dieses Verdienstteils sowohl auf dessen HA¶he als auch auf dessen Zufluss oder auf beides zu beziehen (BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 â∏∏ <u>B 5 RS 4/16 R</u> â∏∏, Rn. 15 in juris). GemäÃ∏ <u>§ 202 SGG</u> i. V. m. <u>§</u> 294 Zivilprozessordnung (ZPO) kann sich, wer eine tatsÃxchliche Behauptung glaubhaft zu machen hat, aller Beweismittel bedienen, auch zur Versicherung an Eides statt zugelassen werden. Nach <u>§ 23 Abs. 1 SGB X</u> ist eine Tatsache als glaubhaft anzusehen, wenn ihr Vorliegen nach dem Ergebnis der Ermittlungen, die sich auf sĤmtliche erreichbaren Beweismittel erstrecken sollen, ļberwiegend wahrscheinlich ist. Es kann auch die Versicherung an Eides statt zugelassen werden.

#### Â

Ã□berwiegende Wahrscheinlichkeit heiÃ□t, dass die gute Möglichkeit besteht, dass sich der Vorgang so zugetragen hat, wobei gewisse Zweifel bestehen bleiben können. Dieser BeweismaÃ□stab ist durch seine Relativität gekennzeichnet. Es muss nicht, wie bei der Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhanges, absolut mehr für als gegen die glaubhaft zu machende Tatsache sprechen (BSG, Beschluss vom 8. August 2001 â□□ B 9 V 23/01 B â□□, SozR 3-3900 §Â 15 Nr. 4). Ã□berwiegende Wahrscheinlichkeit erfordert mehr als das Vorhandensein einer bloÃ□en Möglichkeit, aber auch weniger als die an Gewissheit grenzende Wahrscheinlichkeit. Es reicht die â□□gute Möglichkeitâ□□ aus, das heiÃ□t, es genügt, wenn bei mehreren ernstlich in Betracht zu ziehenden Möglichkeiten das Vorliegen einer davon relativ am wahrscheinlichsten ist, weil nach Gesamtwürdigung aller Umstände besonders viel für diese Möglichkeit spricht; von mehreren ernstlich in Betracht zu ziehenden Sachverhaltsvarianten

muss den  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ brigen gegen $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber aber einer das  $\tilde{A}_{\square}$ bergewicht zukommen ( $S\tilde{A}_{\square}$ chsisches Landessozialgericht [LSG], Urteil vom 18. Dezember 2018 $\hat{A}_{\square}$   $\hat{A}_{\square}$   $\hat{A}_{\square}$   $\hat{A}_{\square}$ , Rn. 35 in juris).

#### Â

aa. Gemessen an diesem Maà stab vermag der Senat nichts zur Höhe einer an den Kläger gezahlten Jahresendprämie zu sagen. Die Höhe ist vielmehr ungewiss. Vom ehemaligen Arbeitgeber ist nichts mehr für eine Glaubhaftmachung zu erlangen, wie die Archivgutverwalterin überzeugend erklärt hat. Eine Versicherung an Eides statt liegt nicht vor, der Kläger hat auch keine so detaillierte Erinnerung, um eine solche Versicherung abgeben zu können. Der Einlassung des Klägers lässt sich zur konkreten Höhe der an ihn gezahlten Jahresendprämie ebenfalls nichts entnehmen. Nach seiner Einlassung ist noch nicht einmal sicher, wann die Jahresendprämie an ihn ausgezahlt wurde. Zu der Höhe der Prämie weià er gar nichts vorzutragen und meint, ein â Schätzwertå ni Höhe von 70 Prozent des monatlichen Bruttogehalts sei ein â faires Angebotâ in Es liegt jedoch auf der Hand, dass dies für eine Beitragsbemessung nicht genügt; diese ist nicht auszuhandeln.

# Â

bb Die vom Kläger ins Feld geführte Zeugenerklärung der Kombinatsleitung des VEB reicht ebenfalls nicht zur Glaubhaftmachung aus. Denn sie steht im Widerspruch zu den insoweit einschlägigen Regelungen in §Â 118 Abs. 2 Arbeitsgesetzbuch der DDR (AGB-DDR) (LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 24. Januar 2019Â â $\square$  L 33 R 24/17Â â $\square$ , Rn. 35 in juris). In ihrer Pauschalität belegt sie die konkret dem Kläger gezahlten Jahresendprämien nicht, weil sie die Minderungsmöglichkeiten nach § 117 AGB-DDR auÃ $\square$ er acht lässt (LSG Berlin-Brandenburg, Urteile vom 15. Dezember 2021Â â $\square$  L 3 R 231/18 WAÂ â $\square$ , Rn. 60; vom 24. Januar 2019 â $\square$  L 33 R 24/17 â $\square$  und vom 25. Mai 2016Â â $\square$  L 16 R 238/14Â â $\square$ , Rn. 18 in juris). Es ist nichts dafür vorgetragen oder ersichtlich, dass dies in dem hier vorliegenden konkreten Einzelfall aufgrund besonderer Umstände anders zu beurteilen ist.

# Â

Darüber hinaus fehlt es im Ergebnis an geeigneten Kriterien, an denen die konkrete Höhe einer dem Grunde nach tatsächlich bezogenen Jahresendprämie beurteilt werden kann. Der vom Kläger zuletzt behauptete MaÃ□stab, nämlich der durchschnittliche Bruttomonatslohn, war nach DDR-Recht gerade nicht Basis zur Berechnung einer Jahresendprämie. Die Beklagte hat zu Recht darauf hingewiesen, dass nach damaligem Verständnis das â□□Erfordernis des sozialistischen Leistungsprinzipsâ□□ zu einer Differenzierung der Jahresendprämie führte. Der Senat ist davon überzeugt, dass es bei der finanziellen Würdigung der Jahresendprämie grundsätzlich nicht um eine allgemeine Ausschüttung finanzieller Mittel an alle Beschäftigten nach festen Sätzen, sondern um die Erfüllung der konkreten Planvorgaben ging, die Prämie sollte ein, wie es

seinerzeit hie $\tilde{A}$ , Instrument im  $\hat{a}$  Kampf um die Planerf $\tilde{A}$ Ilung $\hat{a}$  sein (vgl. ausf $\tilde{A}$ hrlich S $\tilde{A}$ xchsisches LSG, Urteil vom 18. $\hat{A}$  Dezember 2018 $\hat{A}$   $\hat{a}$  L5 RS 720/17 $\hat{A}$   $\hat{a}$ , Rn. 59 ff in juris), mit anderen Worten: steuernde Wirkung entfalten. Nachzuweisen oder auch nur glaubhaft zu machen, dass derartige Vorstellungen vor Ort in seinem Betrieb  $\tilde{A}$ berhaupt keine Rolle spielten und gewisserma $\tilde{A}$  en nur auf dem Papier standen, ist dem Kl $\tilde{A}$ xger nicht gelungen.

#### Â

c. Dass der KlĤger in der Zeit von 1969 bis 1983 ausnahmslos JahresendprĤmien in HĶhe von einem Drittel seines durchschnitÂtlichen Monatsverdienstes erhalten hat, ist ebenfalls nicht glaubhaft gemacht.

# Â

Nach einer vereinzelt vertretenen Ansicht kommt fýr die Zeiträume von Juli 1968 bis Dezember 1982 eine Glaubhaftmachung der Höhe nach von dem Grunde nach glaubhaft gemachten Jahresendprämien in Betracht, und zwar in einer Mindesthöhe von einem Drittel des durchschnitÂtlichen Monatsverdienstes. Dies folge aus den in dieser Zeit geltenden Verordnungen (unter anderem) zur Verwendung des Prämienfonds (etwa Sächsisches LSG, Urteile vom 27. Januar 2022 â $\Box$  L 7 R 507/21 ZV und vom 6. November 2018Â â $\Box$  L 5 RS 870/17Â â $\Box$ , Rn. 61 ff in juris).

# Â

aa. Die Annahme einer allgemeinen Mindesthöhe genÃ⅓gt nicht den gesetzlichen Anforderungen an eine Glaubhaftmachung im Einzelfall. Es handelt sich in Wirklichkeit um eine (konservative) Schätzung der Höhe der Jahresendprämie. Dass der Kläger eine höhere Jahresendprämie erhalten hat, erscheint mindestens genauso wahrscheinlich wie eine finanzielle Anerkennung lediglich in der Mindesthöhe. Der Kläger selbst stellt ja bezeichnenderweise die BerÃ⅓cksichtigung eines deutlich höheren Betrages als â∏faires Angebotâ∏ in den Raum. Die Höhe der Jahresendprämie zu schätzen, ist aber unzulässig (s. Urteil vom 10. März 2022 â∏ L 17 R 471/19 -; vgl. BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 â∏ B 5 RS 4/16 R â∏, Rn. 16 ff; LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 15. Dezember 2021 â∏ L 3 R 231/18 WA â∏, Rn. 62; jeweils juris). Nicht ein Mindestbetrag ist glaubhaft zu machen, sondern die konkrete Höhe des Verdienstes und damit der Jahresendprämie: Nur dieser ist maÃ∏geblich fÃ⅓r die Rentenberechnung.

# Â

Der Rýckgriff auf einen Mindestbetrag erhöht lediglich den in § 6 Abs. 6 AAÃ∏G normierten Abschlag von fünf Sechsteln auf einen unbekannten Betrag, gerade weil keine GlaubhaftÂmachung der konkreten Summe möglich ist. Das Bundessozialgericht führt zum (insoweit gleichgelagerten) Ausschluss der SchÃxtzbefugnis gemÃxÃ∏ §Â 287 ZPO aus: §Â 6 Abs. 6 AAÃ∏G regelt als

vorrangige und bereichsspezifische spezielle Vorschrift die vorliegende Fallkonstellation (ein Verdienstteil ist nachgewiesen, ein anderer glaubhaft gemacht) abschlie $\tilde{A}$  $\square$ end und l $\tilde{A}$ xsst f $\tilde{A}$  $^{1}$ / $^{4}$ r die allgemeine Sch $\tilde{A}$ xtzungsbefugnis nach  $\tilde{A}$ § $\hat{A}$  287 ZPO keinen Raum. Indem  $\hat{A}$ § $\hat{A}$  6 Abs. 6 AA $\tilde{A}$  $\square$ G die H $\tilde{A}$ ¶he des glaubhaft gemachten Verdienstteils selbst pauschal auf f $\tilde{A}$  $^{1}$ / $^{4}$ nf Sechstel festlegt, bestimmt er gleichzeitig die m $\tilde{A}$ ¶gliche Abweichung gegen $\tilde{A}$  $^{1}$ / $^{4}$ ber dem Vollbeweis wie die Rechtsfolge der Glaubhaftmachung selbst und abschlie $\tilde{A}$  $\square$ end (BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 $\hat{A}$   $\hat{A}$  $\square$  $\square$  B 5 RS 4/16 R $\hat{A}$   $\hat{A}$  $\square$  $\square$ , Rn. 19 in juris).

## Â

bb. Selbst wenn man aber dieser vereinzelten Ansicht folgte, hÃxtte die Berufung gleichwohl keinen (teilweisen) Erfolg. Denn im Fall des KlÃxgers fehlt es bereits an der Glaubhaftmachung dem Grunde nach, dass ihm in dem genannten Zeitraum ausnahmslos JahresendprÃxmien zugeflossen sind. Ohne dass glaubhaft gemacht ist, dass der KlÃxger Jahr fÃ $\frac{1}{4}$ r Jahr Ã $\frac{1}{4}$ berhaupt eine JahresendprÃxmie erhalten hat, mangelt es schon an dem Ausgangspunkt der MindesthÃ $\frac{1}{4}$ henschÃxtzung, die damit nicht mÃ $\frac{1}{4}$ glich ist.

## Â

Fýr den Senat steht nicht fest, dass der Kläger immer die Jahresendprämie erhalten hat. Die Aussagen des Klägers hierzu sind ohne Substanz. Nicht einmal er behauptet ausdrýcklich, dass er tatsächlich in allen Jahren ausnahmslos eine Jahresendprämie erhalten hat. Ende Dezember 2013 beantragte er etwa â∏Neufeststellungâ∏ wegen Berücksichtigung der zusätzlichen Belohnung (Jahresendprämie), ohne Näheres darzulegen. Auch mit der Klage- und der Berufungsbegründung erklärt er nicht ausdrücklich, dass er immer und ausnahmslos die finanzielle Zuwendung erhalten hat. Auch Einzelheiten, wann und wie die Prämien damals an ihn ausgereicht worden sein sollen, schildert er nicht; zur genauen Höhe verhält er sich ebenfalls nicht. Dass der Kläger das vermeintlich unlautere Verhalten der Beklagten wiederholt und in deutlichen Worten bewertet, ersetzt nicht eigenen schlýssigen Sachvortrag.

## Â

Der Kläger ist zudem unglaubwürdig. Selbst wenn man annimmt, er habe konkludent, also zwischen den Zeilen, angegeben, er habe tatsächlich zwischen 1969 und 1983 bzw. 1989 jährlich eine Jahresendprämie bezogen, änderte dies nicht an dem Ergebnis.

## Â

Die Zweifel des Senats an der Glaubwürdigkeit des Klägers ergeben sich aus der Tatsache, dass er in der mündlichen Verhandlung der Berufung das Protokoll einer Zeugenaussage vom 31. Januar 2017 vorgelegt hat, die wohl vor dem Sozialgericht Cottbus erfolgt ist, und zu dessen Inhalt er behauptet hat, dass seinerzeit die Auszahlung der Jahresendprämie in bestimmter Höhe an ihn, den Kläger,

Beweisthema gewesen sei. Nach näherer Prüfung des Gerichts steht aber fest, dass die Zeugenaussage in Bezug auf eine dort lediglich als â∏Klägerâ∏ bezeichnete Person sich in Wahrheit gar nicht auf ihn, den hiesigen Kläger, bezogen hat, sondern auf einen ganz anderen Kollegen, weil sich der in der Zeugenaussage am Rande erwähnte berufliche Werdegang dieses Kollegen deutlich von dem des Klägers unterscheidet und mit der Tätigkeit des Klägers in einem bestimmten Zeitraum unvereinbar ist.

#### Â

Bringt der KlĤger aber VorgĤnge, die erst kurze Zeit zurļckliegen, durcheinander, dann hat das Gericht erhebliche Zweifel, ob seine Erinnerung zu den teils ļber fļnf Jahrzehnte zurļckliegenden PrĤmienzahlungen wirklich trĤgt, zumal er, wie dargelegt, keinerlei Einzelheiten hierzu nennt. Dies gilt umso mehr, als eine Aussage vor Gericht ein seltenes, ungewĶhnliches Ereignis ist, an das man sich nach der Lebenserfahrung ļblicherweise gut erinnern kann. Die falschen Angaben, mĶgen sie auch auf Vorhalt des Gerichts korrigiert worden sein, rechtfertigen deshalb fļr den Senat den Schluss, dass das Aussageverhalten des KlĤgers unzuverlĤssig ist und der Wahrheitsgehalt seiner Behauptungen von seinen prozessual verfolgten Interessen nicht ganz unbeeinflusst sein kĶnnte. Fļr eine Glaubhaftmachung genļgt dies nicht.

# Â

Weitere Ermittlungsansätze sind nicht einmal ansatzweise ersichtlich. Insbesondere Iässt sich aus der Tatsache, dass anderen KIägern nach den Umständen der jeweiligen Einzelfälle die Glaubhaftmachung der zugeflossenen Jahresendprämie gelungen ist, für den KIäger nichts ableiten.

Â

b. Auch der Hilfsantrag hat keinen Erfolg.

Â

Es handelt sich bei diesem Antrag um einen unechten Hilfsantrag, weil der Antrag ohnehin als Minus im Hauptantrag enthalten ist. Denn es obliegt dem Gericht schon nach dem Hauptantrag, die Glaubhaftmachung der JahresendprÃ $\mu$ mie in den genannten Jahren umfassend zu prÃ $\mu$ fen. Danach gilt fÃ $\mu$ r den Hilfsantrag in der Sache nichts anderes als fÃ $\mu$ r den Hauptantrag.

Â

2. Die Kostenentscheidung folgt aus § 193 SGG.

Â

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor (vgl. <u>§ 160 Abs. 2 SGG</u>).

Â

Â

Â

Erstellt am: 20.05.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024